



# Leiharbeit muss weg

## Kein Tarifvertrag zur Leiharbeit!

**Kollegen, unterschreibt den eingelegten Aufruf!  
Der neue Gesetzentwurf gegen die Leiharbeiter  
muss vom Tisch – durch unseren Kampf!**

**Wir sammeln die Unterschriften HEUTE zum Schichtwechsel am Tor ein**

*Zwei Sätze – zwei Lügen: „Wir haben zum ersten Mal in der Geschichte überhaupt eine gesetzliche Regelung, die ganz eindeutig die Rechte der Leiharbeitnehmer stärkt. Wir haben zum ersten Mal überhaupt Regeln, damit Werkverträge nicht missbraucht werden.“ (Arbeitsministerin Nahles, SPD 10. 5.16)*

*Die Wahrheit in zwei Sätzen: „Das Gesetz führt zu einschneidenden Verschlechterungen im Vergleich zu geltendem Recht.“ (Peter Schüren, Professor für Arbeitsrecht an der Universität Münster und Köln, MAKROSKOP vom 4.6.2016.)*



**Auch  
2017 weitere  
Fremdvergaben und  
keine Zukunft für SL/ SLK**

**In der Planungsrunde der Werkleitung wurde dem Betriebsrat folgendes bekannt gegeben:**

- Aussetzung der Planung für den SLK Nachfolger, den R 173
- Lead Werk für den Nachfolger SL wird die Firma AMG
- Fremdvergaben in H9 Montage + Logistik ua. Holzteile/ Gurte/ B- Säule
- Neues Kommissionierungslager in Fremdvergabe an der Halle 9
- Fremdvergabe des Zentrallagers im Karstadt Gebäude
- Ein Personalüberhang von 120 Leiharbeitern ab November 2016

Im Rohbau soll die Fremdvergaben, nach Plan umgesetzt werden. Und um konkurrenzfähig zu bleiben, so die Werkleitung, verlangt die zukünftige Produktionsordnung noch mehr Flexibilität im Werk. Auf Kosten von Gesundheit und weiteren

Arbeitsbelastungen der Kollegen wird versucht, so schnell wie möglich Profit zu machen, denn 2018 wird es nach ihren eigenen Worten einen drastischen Stückzahleinbruch geben, was für sie gleich Personalabbau ist. Die Stückzahlerhöhung (30000) im nächsten Jahr in der H93, soll durch 18 Schichten pro Schicht erreicht werden. In der H3 werden 5000 Einheiten weniger gebaut.

**Wo bleiben die Entlastungen der Kollegen an den Bändern?**

Nicht nur wir fragen uns, wo die versprochenen Entlastungen für die Kollegen an den Bändern geblieben sind. Bis jetzt ist außer Kosmetik und Pilotversuchen nichts für die Kollegen rübergekommen. Warum auch, denn für die Werkleitung läuft alles nach Plan. Es stehen zwar wieder

einige tausend Fahrzeuge mit Fehlteilen oder Qualitätsproblemen in und um Bremen zur Nacharbeit auf angekauften Flächen herum, aber was schert das die Werkleitung. Hauptsache die Stückzahlen verlassen die Hallen. An manchen Tagen zusammengebaut von nur 40% Stamm Kolle-

gen, die restlichen Kollegen sind Ferienkräfte und knapp 1500 Leiharbeitskollegen. Für die Werkleitung ist eines so sicher wie das Amen in der Kirche. Gehen die Stückzahlen 2018 zurück, wird sie nicht zögern, hunderte Leiharbeiter zu entlassen. Wie stehen wir als Gewerkschafter dazu? Wir

brauchen endlich eine gewerkschaftliche Bewegung, um Leiharbeit zu verbieten und keine weiteren Tarifverträge zur Leiharbeit zu verhandeln. Solange sich unsere Gewerkschaftsvorstände dazu nicht bereit erklären, müssen wir das selber in die Hand nehmen.

## Gegenüberstellung zum „Nahles Gesetz“

ANÜ*-Gesetz von 2013	Der neue Nahles-Gesetzentwurf von 2016	Veränderungen
<p><b>Gleicher Lohn und gleiche Bedingungen vom 1. Tag an.</b> Es sei denn: In einem Tarifvertrag wird Anderes (= Schlechteres) vereinbart. Also: Kein Tarifvertrag = gleiche Bezahlung, gleiche Bedingungen</p>	<p><b>Gleicher Lohn und gleiche Bedingungen vom 1. Tag an.</b> Und wieder: Per Tarifvertrag kann der DGB Schlechteres vereinbaren. 9 Monate kann der Lohn des Leiharbeiters so verringert werden. Mit weiterem Tarifvertrag kann diese Frist sogar auf 15 Monate verlängert werden.</p>	<p>Begrenzung der schlechteren Bezahlung auf 9 oder mehr Monate. Aber: Die durchschnittliche Einsatzdauer bei einem Entleih-Kapitalisten beträgt 3-4 Monate!</p>
<p>Die Besetzung eines Arbeitsplatzes durch einen Leiharbeiter darf nur „<b>vorübergehend</b>“ sein (§3 ANÜG)</p>	<p>„<b>vorübergehend</b>“ <b>gestrichen</b> Leiharbeiter müssen nach 18 Monaten <b>fest übernommen</b> werden. Per Tarifvertrag kann die Frist aber sogar unbefristet verlängert werden (§8 des Entwurfs)</p>	<p>Jetzt ist geklärt: Von wegen „vorübergehend“ - ein Arbeitsplatz kann <b>auf Dauer</b> mit Leiharbeitern besetzt werden. Nur die „Köpfe“ müssen nach 18 Monaten ausgetauscht werden. Nach 3 Monaten Einsatz woanders oder Arbeitslosigkeit kann er wieder für 18 Monate auf dem „alten“ Platz eingesetzt werden, und so weiter und sofort... Die 18 Monate können jetzt nicht nur per Tarifvertrag, sondern sogar durch Betriebsvereinbarung (!) verlängert werden. Betriebsräte aber können nicht zum Streik aufrufen. Die Tarifhoheit der Gewerkschaften wird per Gesetz vom Staat ausgehebelt!</p>
<p>Werkverträge (strikte Trennung von den Stammarbeitern; Entleiher hat keine Wiewerbungsbezugnis): Wird das nicht beachtet, ist das ein <b>Schein-Werkvertrag</b>. Das kann zu Folge haben, dass sich der Werkvertragsarbeiter fest eingestellt werden muss. * Arbeitnehmerüberlassung</p>	<p>§9 des Entwurfs regelt: „... der Vertrag zwischen Verleiher und Leiharbeiter wird nicht unwirksam...“, wenn sich herausstellt, dass der Werkvertrag eigentlich kein Werkvertrag, sondern eine <b>illegale Leiharbeit</b> ist, sofern er „...<i>erklärt, dass er an dem Arbeitsvertrag mit dem Verleiher festhält...</i>“</p>	<p><b>Das Verbot illegaler Schein-Werkverträge fällt.</b> Der Werkvertragskollege, bzw. Leiharbeiter kann unter Druck (Rausschmiss) dazu erpresst werden, die illegalen Praktiken seines Zuhälters zu legalisieren, indem er in wundersamer Weise vom Werkvertragskollege zu Leiharbeiter verwandelt wird – Dank Frau Nahles</p>
<p><b>Im Rahmen der Hartz-Gesetze hoffähig gemacht ...</b></p>	<p>... heute 961.000 Leiharbeiter ohne Rechte, ohne Kündigungsschutz, teils mit Hungerlöhnen ....</p>	<p><b>Leiharbeit und Werkverträge müssen fallen, so wie die Regierung, die das verbochen hat! Basta!</b></p>

### Ein Wort an die Vertrauensleutekörperlleitung

Wir wissen nicht, was Euch geritten hat. Drei Kollegen haben in die Vollversammlung am 24. August einen Antrag eingebracht, der in schlichter Einfachheit und Logik die IG Metall auffordert, keinerlei neue Tarifverträge zur Leiharbeit abzuschließen. Folge wäre: Kein Tarifvertrag, dafür aber **gleiche Bezahlung und gleiche Bedingungen** für die Kollegen Leiharbeiter. Ganz so, wie es im Gesetz steht (siehe Gegenüberstellung!). Mit Tarifvertrag schlechtere Bezahlung und Ungleichheit.

Was tut Ihr? Ihr stellt einen Gegenantrag mit dem Inhalt, dass die Gewerkschaft doch bitte einen Tarifvertrag zur Leiharbeit abschließen möge, in dem gleiche Bezahlung und gleiche Bedingungen drin stehen. Wieviel Alkohol muss man trinken, um das zu verstehen? Ihr fordert einen Tarifvertrag, der das wiederholt, was im Gesetz ohnehin steht und das automatisch gelten würde, wenn es eben **keinen** Tarifvertrag gäbe. Einem gewissen Teil der 43 Stimmen, mit denen Euer Antrag angenommen wurde, unterstellen wir ganz einfach, dass sie nicht ganz verstanden haben, was sie da eigentlich abstimmen. Aber

was sollen wir von Euch, dem führenden Gremium der IG Metall im Betrieb, sowie von der Handvoll Betriebsräte, die es besser wissen müssten, halten? Wenn Ihr wirklich gegen das Verbrechen Leiharbeit seid, müsst Ihr gegen einen Tarifvertrag zur Leiharbeit sein und so der Gleichstellung durch Gesetz zur Geltung verhelfen. Dann müsstet Ihr auch unverzüglich den Kampf gegen die Leiharbeit organisieren und so die Spaltung an den Bändern beenden und die Streikfähigkeit wieder herstellen.

**Sie sägen an dem Ast, auf dem wir sitzen....**

BMW Leipzig hat einen Leiharbeiteranteil von 33%, der noch weiter erhöht werden soll. Dazu 4.000 Kollegen, die in Werkverträgen die Autos bauen. Wir Bremer Mercedes-Arbeiter haben mehrmals gestreikt gegen Fremdvergabe und Leiharbeit. Und trotzdem war sich dieser Betriebsrat nicht zu schade, einer Erhöhung der Zahl der Leiharbeitsverhältnisse von einstmalig höchstens 8% (so steht es in der Gesamtbetriebsvereinbarung) auf mittlerweile über 25% zuzustimmen! Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Der Daimler-Vorstand – übergelückt über das neue

Gesetz zur Leiharbeit (Entwurf Nahles) – wird sich damit nicht begnügen. Überglücklich ist er auch über die Tarifverträge zur Leiharbeit, die eine gleiche Bezahlung verhindern – und genau mit Hilfe dieser Tarifverträge will er nun die Löhne der Leiharbeiter nach unten „korrigieren“. Heute die Leiharbeiter – morgen wir.



Kollegen vom Gesamthafen Betriebsverein (GHB) und Daimler auf dem DGB-Haus, 1. September 2016 – Antikriegstag

## Tarifvertrag um jeden Preis

Von den Kämpfen gegen die Fremdvergabe der Logistik in der Halle 7/70 hat sich die IG Metall frühzeitig verabschiedet. Getreu dem Motto, was gesetzlich erlaubt ist, versuchen wir auch nicht zu verhindern, hat unsere Organisation auf das Schändlichste den Kampf der Kollegen um Tarifliche Arbeitsplätze verraten. Als 2015 dann die Sklavenfirmen Rhenus und Stute vormals tarifliche Arbeitsplätze, mit Löhnen knapp über den Mindestlohn besetzten und seitdem Arbeitsbedingungen herrschen wie im Feudalismus (hierarchisch aufgebaute Herrschaftsform), wurde der „Kampf“ aufgenommen. Wenn jetzt jemand meint, endlich kämpft die IG Metall gegen Werkverträge, der musste sich leider eines Besseren belehren lassen. Nicht für die Übernahme des Manteltarifvertrages und ERA Tarifvertrag der IG Metall Küste für die Rhenus Belegschaft will man kämpfen, nein jetzt will man einen „Haustarifvertrag“ mit Rhenus aushandeln. Und der wird weit unter unseren Tarifvertrag liegen. Als Belegschaft können wir nur folgende Forderung stellen:

1. Werkverträge und Leiharbeit gehören verboten!
2. Sofortige Übernahme des IG Metall Tarifvertrags für alle Kollegen von Rhenus und Stute. Ein Betrieb, ein Tarifvertrag!

Das Geschrei der IG Metall wird jetzt sicher groß sein. Wie kann man denn gegen einen IG Metall Tarifvertrag sein, wo es doch mehr Geld gibt. Ja mehr Geld gibt es, aber die Rechtlosigkeit bleibt.

Es wird einen Tariffleckentepich hier auf dem Werksgelände geben, wo es nur Verlierer geben wird, nämlich die Stammbesellschaft und unsere Leih- und Werkvertragskollegen. Schon hat das Vorstandsmitglied Porth, mit dem GBR Gespräche über die Anpassung des neuen Leiharbeitsgesetzes im Konzern angekündigt.

## Das Wesen der Gewerkschaft

„Das Wesen einer Gewerkschaft besteht darin, Tarifverträge abzuschließen, die besser sind als das Gesetz.“

Dieser Satz ist auf einer Betriebsratssitzung im April gefallen, beim Bericht des Vorsitzenden des Betriebsrats über das Weltarbeiterforum von Daimler (so etwas wie der Weltbetriebsrat). Es ging um Gewerkschaften in z.B. Indien, Ungarn, denen man aus hiesiger Sicht dieses Merkmal nicht unbedingt zutraut.

Hier in Deutschland ist das selbstverständlich anders, hier verbessern die Tarifverträge die gesetzlichen Regelungen, meistens, wie einschränkend gesagt werden muss. verschlechtern sie aber auch, wie z.B. der Abschluss eines Tarifvertrages mit den Leih- und Zeitarbeitsfirmen, der die gesetzlichen Regelungen verschlechtert (wie berichtet). Auch bei anderen Sachverhalten hinkt die IG-Metall der Entwicklung hinterher. Ein Kollege aus Hamburg hat vor dem Bundesarbeitsgericht erstritten, dass ihm für seine Arbeit in der Dauernachtschicht ein Zuschlag für Nacharbeit zwischen 23:00 und 06:00 Uhr in Höhe von 30% vom Stundenlohn zu zahlen ist oder ihm für 90 geleistete Arbeitsstunden während der Nacht zwei freie Tage zu gewähren sind. (Urteil BAG vom 09.12.2015 10 AZR 423/14) Der Haken bei der Sache: Der Kollege arbeitet in einem Betrieb ohne Tarifbindung.

Was bekommen wir, in einem Betrieb mit Tarifbindung? Einen Zuschlag von 15% ab 20:00 Uhr, für 50 geleistete Arbeitstage eine Tag Urlaub, für die Arbeit am Sonntag 50% Zuschlag (der aber mit der Nacharbeit nichts zu tun hat).

Alles zusammengerechnet deutlich weniger als der Kläger. Es ist also so, dass wir durch das Bestehen von tarifvertraglichen Regelungen schlechter gestellt sind.

„Das Wesen einer Gewerkschaft besteht darin, Tarifverträge abzuschließen, die besser sind als das Gesetz.“

### Was, hat die Gewerkschaft bisher unternommen?

Erst hat sie auf die schriftliche Urteilsbegründung gewartet. Dann hat sie im April ein erstes Treffen im Betrieb mit den Kollegen aus der DNS, dem ersten Bevollmächtigten und einem Justiziar der IGM organisiert. Beim nächsten Treffen im Juni waren schon keine Vertreter der Ortsverwaltung /vom Bezirk mehr anwesend, das Treffen ist dann auch ergebnislos verlaufen. In der Zwischenzeit verabschiedet der Betriebsrat die Einführung einer Dauernachtschicht in Halle 1 und Halle 93 zu den alten Bedingungen. Hinweise auf die neue, bundesarbeitsgerichtliche Vorgabe werden mehrheitlich ignoriert. Das dritte Treffen, wieder ohne Vertreter der Ortsverwaltung oder vom Bezirk, ist dann deutlich ungemütlicher verlaufen. Die Kollegen fühlten sich zu recht hingehalten (nett formuliert) und nicht ernst



genommen. Auf betrieblicher Ebene sei da nichts zu regeln, Verhandlungen über den Manteltarifvertrag, der die Zuschlagshöhe regelt, sind erst für Anfang 2018 zu erwarten. Erst als die Kollegen ankündigen, ihren Anspruch, den sie aus dem Urteil ableiten, schriftlich gegenüber unserem Arbeitgeber geltend zu machen, kommt plötzlich Bewegung in die Sache. Beim letzten Treffen am 11.08. waren wieder der erste Bevollmächtigte und der

Justiziar der Bezirksleitung anwesend. Nach einer kurzen Diskussion erklärt der erste Bevollmächtigte, dass die IG-Metall die Kollegen bei einer Klage unterstützen wird. Parallel dazu soll eine tarifliche Forderung formuliert werden, die den Ausgleich für geleistete Nacharbeit deutlich verbessert. Damit auch wieder in Zukunft der Satz gilt: „Das Wesen einer Gewerkschaft besteht darin, Tarifverträge abzuschließen, die besser sind als das Gesetz.“

## Leserbriefe

### Stell dir vor es ist Mitarbeiterbefragung und keiner nimmt dran teil

Bei der letzten MA Befragung hat das Bremer Werk schlecht abgeschnitten und Halle 9 hatte sogar das schlechteste Ergebnis aller Standorte! Hat sich seitdem etwas verbessert? Nein. Die Mitarbeiter werden immer noch wie Dreck behandelt. Mit Hilfe einer Mehrheit im BR wurde sogar die Arbeitszeit verlängert und der Regelsamstag eingeführt. Eine ausreichende Zahl leichter Arbeitsplätze/Vormontagen für die vielen MA die sich in den vergangenen Jahrzehnten kaputt gearbeitet haben sind Fehlanzeige. Taktzeiten wurden gekürzt, die Auslastung angehoben. Wem unter diesen Bedingungen Fehler passieren, bekommt einen Termin im Personalbüro. Das ist Psychoterror erster Klasse. In Halle 9 z.B. ist Psychoterror durch die Meister und Mobbing durch Mitarbeiter Tagesgeschäft. Und Daimler wäre nicht Daimler, wenn da nicht noch was ginge: Benzerien und SB Läden werden geschlossen und an anderer Stelle zentralisiert. Wie die Mitarbeiter in den Pausen noch ihr Frühstück, Mittagessen etc. holen sollen ist unserem Arbeitgeber scheinbar egal. Ach ja. Die Preise werden natürlich auch noch angehoben. Die Liste der Schikanen lässt sich unendlich fortführen. Es hat sich also nichts verbessert. Und das sollte man Daimler auch sagen indem man den Fragebogen einfach nicht ausfüllt, oder aber nur schlechte Noten verteilt. Soll jeder erfahren wie unzufrieden die Bremer Belegschaft ist. Vielleicht feuert man in einem ersten Schritt ja mal ein paar schlechte Meister. (Ich weiß, dass wird ein frommer Wunsch bleiben, obwohl das Einsparpotenzial enorm ist) Übrigens kann keiner gezwungen werden die Fragebögen auszufüllen. Auch nicht mit dem Hinweis, dass die Befragung während der Arbeitszeit stattfindet.

Ein Kollege aus Halle 9

### Thema Arbeitssicherheit am Nahtband DNS Halle 8

Am 03.08.2016 ca. gegen 0:00 Uhr geschah Folgendes: Auf der Linie zwei löste sich die Vorrichtung vom Motorhauben-Heber in unmittelbarer Nähe zweier Mitarbeiter (Ferien AK) und krachte auf die zu bearbeitende Karosse. Die 750 Kg schwere Vorrichtung, die an einem U-Träger montiert war, hatte sich aus bis heute ungeklärter Weise gelöst. Beide Mitarbeiter erlitten einen Schock und konnten ihre Arbeit nicht mehr fortsetzen. Dieser Vorfall sorgte nicht nur für einen Schock bei den beiden Kollegen, sondern auch die Kollegen der Gruppe reagierten sehr erschrocken!

Vertrauensmann und andere Kollegen forderten ihren disziplinarischen Vorgesetzten auf, nach diesem Unglück die baugleiche Anlage auf der Linie 1 sofort sperren zu lassen, bis die Ursache des Unfalls auf der Linie zwei geklärt ist. Denn eines war den Kollegen klar: Die beiden FAK hatten einen riesen Schutzengel, der verhinderte, dass sie ohne gesundheitliche Schäden davon gekommen sind, denn wie schon eingangs gesagt, hier haben sich 750 Kg gelöst und sind runter gekommen.

Die Reaktion des Vorgesetzten lautete: Wenn eine Autobahnbrücke einstürzt, sperrt man auch nicht gleich alle Brücken. Diese Äußerung hat bei uns Mitarbeitern für großes Unverständnis gesorgt. Zwangsläufig mussten wir dieser Antwort eine Gleichgültigkeit des Vorgesetzten entnehmen. Bis zur Sperrung der baugleichen Anlage auf Linie 1 vergingen sage und schreibe 10 Stunden. Während dieser Zeit hat man leichtfertig die Gesundheit der Mitarbeiter riskiert, obwohl die Möglichkeit bestanden hätte durch zusätzliches Personal diese Anlage zu sperren. Da fragen wir uns, wer hätte von unseren Führungskräften die Verantwortung übernommen, wenn wie das Schicksal es will, tatsächlich innerhalb dieser 10 Stunden der Hauben-Heber auf Linie 1 auch abgeschmiert wäre? Jede Kaffeemaschine im Werk wird überprüft und bekommt eine TÜV Plakette, ist sie defekt, bekommt sie keine und wird aus den Verkehr gezogen. Auf der anderen Seite, wo Menschen unter einer 750 Kg Last arbeiten wird eine für uns total falsche Entscheidung getroffen und als Krönung noch der Spruch von Nachtschicht-Meister mit der Autobahnbrücke, das geht gar nicht, das grenzt schon an Wahnsinn. Mit der getroffenen Entscheidung geht man im wahrsten Sinne des Wortes über Leichen. Bis zum heutigen Tag steht immer noch nicht fest, was die Ursache des schweren Unfalls war, der auch tödlich für die Mitarbeiter hätte ausgehen können. Eine angemessene Sicherheitsunterweisung erfolgte ebenfalls nicht. Wir haben in einer Runde mit Meister, Teamleiter und Abteilungsleiter nochmal deutlich gemacht, dass man in dieser Situation eine Fehlentscheidungen getroffen hat und die Führungskräfte dazu stehen sollen, bzw. eine Entschuldigung fällig ist, aber auch hier hatten wir das Gefühl, dass die ganze Angelegenheit runter gespielt wird.

Hieraus lässt sich wiederum schließen, dass wieder einmal die Produktion (Stückzahl) vor der Gesundheit der Mitarbeiter steht. Das Beste oder nichts speziell nur für das Endprodukt.

Thomas Langenbach, Vertrauensmann H.8

**Dieses Flugblatt wurde geschrieben, verteilt und finanziert von Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Werkes Bremen**

Kontakt: Jochen Kohrt, H3 (Tel. 90442) / Gerwin Goldstein, LOG/Indir. (Tel. 90600) / Frank Kotte, H8 (Tel. 3804) / Thomas Langenbach, H8, DNS / Gerhard Kupfer / Uwe Müller, H9 (Tel. 90728) / Julia Nanninga H7 / Sascha Heiner, H9 (2215) und viele andere (September 2016)

E-Mail-Kontakt: [redaktion-funke@gmx.de](mailto:redaktion-funke@gmx.de) - Spenden an: Sparda-Bank Hannover, IBAN: DE37 2509 0500 0101 6379 91, U. Müller, Stichwort: Flugblatt

# Hier unterschreiben:

An den DGB-Bundesvorstand

## Leiharbeit muß weg - kein Tarifvertrag zur Leiharbeit!

Keinen tariflichen Abschluss zur Leiharbeit!

Dann gilt für alle: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Keine weitere Spaltung zwischen Leiharbeitern und fest Beschäftigten.

Im Leiharbeitsgesetz steht der gleiche Lohn für gleiche Arbeit. Anstatt das Geschäft der Kapitalisten zu betreiben mit Tarifverträgen zu schlechteren Löhnen, haben die Gewerkschaften gegen die Leiharbeit und für die Übernahme aller Leiharbeiter in Aktion zu treten.

**Wir verlangen endlich sofortige Aktionen für das Verbot der Leiharbeit. Wir sind dabei.**

Name	Adresse	Gewerkschaft	Unterschrift *)

\*) Mit meiner Unterschrift erkläre ich mich mit der Veröffentlichung von Name und Gewerkschaft einverstanden.

Unterstützt von:

Arbeits- und Koordinationsausschuss der Vierten Arbeiter- und Gewerkschafter - Konferenz  
gegen den Notstand der Republik

[www.notstand-der-republik.de](http://www.notstand-der-republik.de)

## Wir unterstützen die Unterschriftenaktion gegen Tarifverhandlung DGB und IGZ/ BAP

Namen ...

### Was ist der Arbeits und Koordinationsauschuß gegen den Notstand der Republik?

Im März 2008 kamen im Frankfurter Gewerkschaftshaus zum ersten Mal Arbeiter und Gewerkschafter, Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen betrieblen und Städten, Mitglieder der IG Metall, Verdi und anderen Gewerkschaften zusammen, um gemeinsam über den Kampf gegen den Notstand der Republik zu beraten. Bis heute folgten drei weitere Konferenzen zu diesem Thema.

### Was ist gemeint mit Kampf gegen den Notstand der Republik?

Gemeint ist ua.: Der Einsatz der Bundeswehr gegen die Völker der Welt und im Inland gegen das eigene Volk. Die Aufhebung der Trennung von Polizei und Geheimdiensten, die Ausweitung der Befugnisse des BKA hin zu einer verbotenen Geheimpolizei, die fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft.

Der Ausschuss berät und sammelt Informationen über den Staatsumbau und koordiniert Aktivitäten und Aktionen.